I. Der Bundeswehr-Einsatz auf dem Balkan als Zeitgeschichte militärischer Friedensoperationen

Dieser Band über die Kriege in Südosteuropa (1991–1995) und den folgenden Friedenseinsatz ist ein erster Schritt, das dortige Engagement der Bundesrepublik Deutschland mit den Mitteln der Militärgeschichte zu beschreiben. Militärischer Friedenseinsatz wird hier als dem Phänomen Krieg zugehörig begriffen, um damit eine Konkretisierung des unscharfen Einsatzbegriffs zu leisten. Dazu bietet der Band eine Gesamtschau der Bundeswehreinsätze auf dem Balkan. Kurz, es geht um eine einführende Darstellung, in der auch die Phänomene Krieg und Frieden in den 1990er Jahren und die Möglichkeiten einer modernen Militärgeschichte für die Analyse von Friedensoperationen im zeitgeschichtlichen Betrachtungszeitraum ausgelotet werden. Im Zentrum steht die Frage nach dem Charakter des Einsatzes der Bundeswehr auf dem Balkan. Dieser Charakter lässt sich dabei nicht nur an dem Wie, Wann und Warum des Einsatzes ablesen, sondern auch daran, was die Bundeswehr dort nicht tat oder tun durfte.

Seit 1992 befinden sich deutsche Soldaten ununterbrochen im Auslandseinsatz: Die Bundeswehr auf dem Balkan ist damit zu einem Teil der deutschen Zeitgeschichte geworden. Diese Geschichte ist freilich heute (2022) keineswegs abgeschlossen – ein »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) hat es ohnehin nie gegeben. Dies zeigt gerade die hier zu behandelnde Militärgeschichte zwischen Krieg und Friedenseinsatz: Auch wenn im von Berlin rund tausend Kilometer entfernten Feldlager Rajlovac in Bosnien-Herzegowina die letzten deutschen Soldaten bereits im Jahr 2014 die Bundesdienstflagge niedergeholt haben, so dauert doch die EU-Operation EUFOR Althea weiter an – seit 2009 ohne Unterbrechung jeweils von einem österreichischen Generalmajor geführt und in der deutschen Berichterstattung praktisch nicht präsent. Im Kosovo wird mit geringen Kräften der 1999 begonnene KFOR-Einsatz unter Beteiligung der Bundeswehr fortgeführt.

Je nach Zählweise hat die Bundeswehr seit 1992 insgesamt 25 Balkaneinsätze abgeschlossen. Hinter deren insgesamt weniger beachteten dreißigjährigen Geschichte verbergen sich solch epochale Ereignisse wie die längste Luftbrücke der Weltgeschichte, das erste Feuergefecht deutscher Soldaten nach Ende des Zweiten Weltkrieges oder der erste bewaffnete

Evakuierungseinsatz der Bundeswehr. Inwieweit diese Einsätze in ihrer Gesamtheit oder zumindest jeder für sich »erfolgreich« waren, ist eine kaum zu beantwortende Frage, die sich weitgehend objektiver wissenschaftlicher Messbarkeit entzieht. Erfolg ist gerade im Hinblick auf solche militärischen Missionen, die auf Frieden zielen, eine höchst subjektive Kategorie. Sie richtet sich nicht nur nach dem Anspruch der gestellten Aufgaben, sondern auch etwa nach der jeweiligen militärischen, politischen oder gesellschaftlichen Betrachtungsebene, der Ausdehnung des in Frage kommenden geografischen Raumes und – für eine geschichtswissenschaftliche Studie wesentlich – dem gewählten Zeithorizont. Schon unter dem Begriff »Frieden«, also dem erklärten übergeordneten Ziel der hier behandelten Bundeswehreinsätze auf dem Balkan und somit der letztlich entscheidenden »Messlatte«, kann höchst Unterschiedliches verstanden werden. Ohne sich hier in tieferen allgemeinen philosophischen Betrachtungen über Krieg und Frieden verlieren zu wollen, sei hier nur auf die vielen Graustufen dazwischen verwiesen. Was etwa im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit »Frieden« auf dem Balkan bedeuten konnte, lässt sich anhand folgender vier Beispiele illustrieren:

(1) Die temporäre Abwesenheit von Kriegshandlungen im Zeitraum zwischen dem 15. und 16. Waffenstillstand (1992) in einer Reihe von insgesamt 36 Waffenstillständen, so dass in Osijek nach einwöchigem Artilleriebeschuss die Schutzräume verlassen werden konnten und in Zadar die Cafés wieder öffneten. (2) Die unter Anwesenheit schwer bewaffneter Soldaten getroffene militärische Lagefeststellung »ruhig und nicht stabil« im herzegowinischen Mostar (1998) – einer entlang der Neretva zwischen Bosniaken und Kroaten zweigeteilten Stadt. (3) Die Verlegung von deutscher Panzerartillerie nach Tetovo (2001), nachdem es erneut zwischen albanischen »Freiheitskämpfern« und mazedonischen »Antiterroreinheiten« zu Feuergefechten gekommen war - noch etwa ein Jahr lang sollte es nahezu jede Nacht Schusswechsel entlang der Eisenbahnlinie nahe Tearce geben. Eine im Jahr 2001 häufig zu hörende Einschätzung lautete »bürgerkriegsähnliche Zustände, aber kein Bürgerkrieg«. (4) Die Zerstörung des serbisch-orthodoxen Erzengelklosters im Zuge plötzlich aufflammender lokal begrenzter Unruhen im kosovarischen Prizren (2004) durch einen ethnisch albanischen Mob, der durch ein tragisches Unglück aufgepeitscht worden war. Kurz zuvor waren aufgrund der perzipierten Beruhigung der Lage die Kräfte der KFOR und der UNMIK-Polizei stufenweise reduziert worden.1

Schon diese unvollständige Auswahl an Beispielen lässt die Bandbreite an Herausforderungen im Friedenseinsatz erahnen. Sie zeigt auch die bereits erwähnte Schwierigkeit, temporären oder längerfristigen Erfolg zu definieren. Hinzu kommen solche Einsätze, die als »Friedenserzwingung« oder »Kampfeinsatz« klassifiziert werden, also etwa die Bekämpfung von

Die hier angesprochenen Beispiele finden sich im »Wegweiser Bosnien-Herzegowina« bzw. »Wegweiser Kosovo« und werden an späterer Stelle wieder aufgegriffen.

Erdzielen aus der Luft (1995 und 1998/99). Hier ist eingängig, dass es einen Unterschied macht, ob von taktischem Erfolg (zum Beispiel erfolgreicher Zielbekämpfung) oder von strategischem Erfolg (etwa Beendigung der Kriegshandlungen) die Rede ist. »Endgültiger Erfolg« der Gesamtheit der Balkan-Operationen wäre dann festzustellen, wenn auch nach vollkommenem Rückzug der nicht-einheimischen Soldaten der Frieden in der Region gewahrt bliebe. Dies ist aber freilich kein Ergebnis, welches ausschließlich im Zusammenhang mit den aufgewendeten militärischen Mitteln steht. Vielmehr ist hier »Frieden« mehr als eine rein militärische oder völkerrechtliche Kategorie und abhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen. Dies verdeutlichen Begriffe wie »Friedensprozess« oder der oft geforderte, aber schwer zu verwirklichende »comprehensive approach to peace«.

Noch im 19. Jahrhundert unterschied man im Hinblick auf zwischenstaatliche Konflikte zwischen Krieg, Waffenstillstand, Vorfrieden und Frieden. Auch die Balkaneinsätze der Bundeswehr könnten analog zu diesen Kategorien beschrieben werden. Dabei wäre zu überdenken, ob es sich etwa beim Vertrag von Dayton (1995), dem Militärisch-Technischen Abkommen von Kumanovo (1999) oder dem Rahmenabkommen von Ohrid (2001) in diesem Sinne um Friedensverträge, Vorfriedensverträge oder erweiterte Waffenstillstandsabkommen handelt. Dies würde aber voraussetzen, dass der diesen Abkommen vorangehende Zustand einhellig als Krieg definiert würde. Auf jeden Fall wird aber klar, dass die hier behandelten Entwicklungen auch nach 30 Jahren noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden können. Damit wird der zeitgeschichtliche Horizont der hier behandelten Friedensoperationen deutlich.

1. Geschichte als Wiedergänger

Die Geschehnisse auf dem Balkan haben jüngst wieder an politischer Aktualität gewonnen. Noch während der letzten Vorbereitungen für die Drucklegung dieses Buches schafften es im Jahr 2021 überproportional viele Nachrichten aus den ehemaligen Kriegsgebieten Südosteuropas, die Aufmerksamkeitsschwelle internationaler Berichterstattung zu durchbrechen. Drei aktuelle Ereignisse, die zwar zeitlich nach dem hier behandelten Zeitraum historischer Analyse liegen, aber doch mit den beschriebenen Ereignissen in engem Zusammenhang stehen, seien erwähnt: (1) Im April 2021 berichtete erstmalig die Redaktion des in Sarajevo beheimateten Internetportals politicki.ba von einem seit Februar in Brüssel und bei verschiedenen Regierungen des westlichen Balkans zirkulierenden Non-Paper; das slowenische Internetportal necenzurirano.si (»unzensiert«) veröffentlichte als erstes eine komplette Version des zweiseitigen Papiers, dessen Erhalt zwar von nahezu allen zuständigen europäischen Politikern abgestritten, dann von slowe-

nischen und albanischen Politikern schließlich doch bestätigt wurde. Wer die Verfasser des Dokuments waren, bleibt unklar. Vorgeschlagen wurde in etwa folgende Verschiebung der Grenzen, um so durch Lösung der ethno-territorialen Konflikte einen möglichst raschen EU-Beitritt Serbiens, Nordmazedoniens und Albaniens zu ermöglichen: Bildung eines großkroatischen Staates durch Beitritt der Herzegowina zu Kroatien, Bildung eines großserbischen Staates durch Beitritt der Republika Srpska zu Serbien, Bildung eines großalbanischen Staates durch Beitritt des Kosovo zu Albanien bei gleichzeitiger Reduzierung des Staates Bosnien-Herzegowina auf ein Rumpf-Bosnien bestehend aus West- und Zentral-Bosnien. Minderheitsgebiete, wie die mehrheitlichen serbischen Gebiete um Mitrovica im Kosovo, die mehrheitlichen albanischen Gebiete im (serbischen) Preševo-Tal und (nordmazedonischen) Tetovo-Gebiet, sollten Autonomie nach Vorbild Südtirols erhalten. Bosnien sollte abstimmen, ob es sich an die EU oder an die Türkei annähern wolle; im Falle einer Entscheidung zu einem späteren EU-Beitritt könnten mehrheitlich kroatische Gebiete auch bei Bosnien-Herzegowina als autonome Gebiete bleiben. Die überwiegende Mehrzahl der europäischen Regierungen sprach sich rasch deutlich gegen jegliche Grenzverschiebung und für die territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas aus, doch wurde nun durch das Bekanntwerden des Non-Papers das diskutiert, was über Jahre als politisches Tabu angesehen worden war.² (2) Im Juli 2021 verordnete in Sarajevo der scheidende

Am 12.4.2021 erfolgte in Sarajevo die erste Veröffentlichung. Das Non-Paper wurde hier noch dem slowenischen Ministerpräsidenten Janez Jamša zugeschrieben, was dieser später dementierte. Die erste Ablichtung eines Exemplars des seitdem als »slowenisch« bezeichneten Non-Papers erfolgte im slowenischen Nachrichtenportal Nezenzurirano am 15.4.2021. Die außerbalkanische internationale Berichterstattung folgte einem Tag später einem Artikel bei Reuters und noch am selben Tag reagierte die internationale Politik: Während der russische Außenminister Sergei Lawrow »Gespräche über Groß-Albanien als provokativ« bezeichnete, betonten Sprecher der Vereinigten Staaten, der EU und der meisten EU-Mitgliedsstaaten - inklusive Deutschland, Österreich und Kroatien - die »Integrität« Bosnien-Herzegowinas. Von dem auf nezenzurirano. si publizierten »slowenischen« Non-Paper ist ein zweites »kosovarisches« Non-Paper zu unterscheiden, von dessen die serbische und albanische Frage im Kosovo betreffendem Inhalt erstmals die in Prishtina erscheinende kosovarische Zeitung Koha Ditore berichtete. Der Ursprung dieses Dokuments wurde dort als deutsch-französisch bezeichnet und der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić schrieb das Papier sogar öffentlich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu. Dies wurde jedoch seitens der Bundesregierung umgehend dementiert und als »fake news« bezeichnet. Janša predvodi države EU koje žele »veliku Srbiju« i komadanje BiH, Crne Gore, Sjeverne Makedonije, 12.4.2021, https://politicki.ba; Primož Cirman/Vesna Vuković, Objavljamo dokument o razdelitvi BiH ki ga išče ves Balkan, 15.4.2021, https://nezenzurirano.si; Daria Sito-Sučić/Robin Emmott, Unofficial EU note on redrawing Balkan borders causes angst in Bosnia, 16.4.2021, https://www.reuters.com; R.D., Lavrov o »non paperu«: To su opasne igre, Brisel drugačije reaguje kad je Rusija u pitanju, 16.4.2021, https://www. klix.ba; Andrew Rettman/Ekrem Krasniqi, ÚS rejects Slovenia-linked plan to break up Bosnia, 16.4.2021, https://euobserver.com; EU says it's »unequivocally committed« to territorial integrity of Bosnia as voices of make or break the country looming, 22.4.2021, www.dtt-net.com; Non-Paper zur neuen Grenzziehung im Westbalkan veröffentlicht, 16.4.2021, https://www.nachrichten.at; Ambasadori gjerman: »Non-paper« i publikuar nga »Koha Ditore« është »fake news«, 27.4.2021, https.reporteri.net.

Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft, der österreichische Diplomat Valentin Inzko, für Bosnien-Herzegowina ein Gesetz, welches die Leugnung des Völkermordes in Srebrenica nach Art des Straftatbestandes der Holocaust-Leugnung in Deutschland unter Strafe stellt. Das Gesetz war in seiner geplanten demokratischen Einführung zum 25. Gedenktag des Genozids ein Jahr zuvor am Veto Milorad Dodiks (Republika Srpska, RS) gescheitert. Dieser hatte bereits 2019 mit seiner öffentlichen Äußerung, dass es keinen Genozid in Srebrenica gegeben habe, für einen Skandal von zumindest regionaler Reichweite gesorgt. In Reaktion auf Inzkos Proklamation des Gesetzes durch Ausnutzung der ihm im Vertrag von Davton gegebenen Sonderrechte rief Dodik »alle Serben in Bosnien« dazu auf, das Gesetz zu ignorieren. Die Polizei der RS werde Festnahmen wegen Überschreitung dieses Gesetzes zu verhindern wissen.³ (3) Im November 2021 drohte im UN-Sicherheitsrat eine Verweigerung der Zustimmung Russlands zur Verlängerung des EUFOR-Einsatzes in Bosnien-Herzegowina. Die Zustimmung wurde zwar erreicht, doch wurde – gewissermaßen im Gegenzug – erstmalig das Amt des Hohen Repräsentanten in den entsprechenden Dokumenten nicht erwähnt. Etwa zeitgleich drohte Dodik aus dem Projekt einer gemeinsamen Armee Bosnien-Herzegowinas auszusteigen und eine eigene RS-Armee aufzubauen. Dies steht freilich nicht nur im Widerspruch zum Vertrag von Dayton, sondern zielt auf den Kern bosnisch-herzegowinischer Gesamtstaatlichkeit und torpediert darüber hinaus auch eines der bis dato erfolgreichsten Projekte der NATO in der Region.⁴ In der Gesamtschau zeigt diese Auswahl jüngster Ereignisse, wie sehr zum einen die Folgen der Kriege der Jahre 1991–1995 und 1998/99 zwar militärisch beendet, aber die zugrundeliegenden ethno-territorialen Konflikte bis heute nicht *politisch* gelöst worden sind.⁵ Man könnte von einer im Stadium eines Vorfriedens eingefrorenen Situation in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo sprechen. Weitere Beispiele aus der Region ließen sich anführen.

Zum anderen erkennt man als Folge der politischen Blockadesituation des Balkans, wie die durch die EU bis dato unerfüllte Erwartungshaltung südosteuropäischer Nicht-Mitgliedsstaaten durch Russland und Belarus, aber auch etwa durch China, Saudi Arabien oder die Türkei im Sinne geostrategischer Vorteile genutzt wird. Diese ohnehin bereits seit spätestens den 1990er Jahren vorhandene Tendenz ist durch die Ablehnung der EU-Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien durch Frankreich (2020) verstärkt wor-

Aleksandar Brezar, Is Bosnia's Milorad Dodik using genocide denial for political ends, 28.7.2021, https://www.euronews.com; Skandalozna izjava Milorada Dodika: ,U Srebrenici nije bilo genocida, stvorili su od toga mit!', 12.7.2019, https://www.rtl.hr.

Vesna Pusić, What Russia really wants in the Balkans. The Kremlin is destabilizing Bosnia and Herzegovina in pursuit of greater strategic goals, 23.11.2021, https://foreign-policy.com.

⁵ Auf die begrenzten Möglichkeiten militärischen Peacekeepings hat auch der ehemalige Head of Political Unit (UNPROFOR) im Schicksalsjahr 1995 Julian Harston wiederholt hingewiesen, Julian Harston, Responding to crises. Are current policies and practices the answer? In: Policy Options, 3 (2001), S. 51–55.

den, wobei sich die EU-Politik hierbei von der NATO-Politik insofern unterscheidet, als dass Albanien (2009), Montenegro (2017) und schließlich auch Nordmazedonien nach Beilegung des Namensstreites (2020) als NATO-Mitglieder aufgenommen worden sind. Damit sind vier Nachfolgestaaten Jugoslawiens heute Mitglieder der NATO (Slowenien und Kroatien bereits seit 2004 bzw. 2009) und zwei Mitglieder der EU (Slowenien 2004 und Kroatien 2011). Nicht zuletzt wird aber auch deutlich, wie sehr die Zeitgeschichte des Balkans für Europas Zukunft von politischer Relevanz ist und welche bedeutende Rolle hier speziell die Geschichte der »Jugoslawienkriege« (Dunja Melčić) auch heute noch spielt. Die historische Erforschung der Bundeswehr-Einsätze auf dem Balkan ist somit nicht nur von rein militärhistorischer Bedeutung und auch keineswegs ein nur für die Bundeswehr als Teil der eigenen Geschichte und Tradition wichtiges Thema. Die Balkaneinsätze sind vielmehr Teil der gemeinsamen europäischen und transatlantischen politischen Zeitgeschichte und dabei nicht zuletzt in Bezug auf das Verständnis von Krieg und Frieden in Europa von herausragender, wenn auch häufig vernachlässigter Bedeutung.

Verortung der Balkaneinsätze in einer militärischen Zeitgeschichte

Dreißig Jahre entsprechen in etwa einer Generation. Die Ereignisse, die im Mittelpunkt dieser Studie stehen, liegen somit in einer als zeithistorisch zu bezeichnenden Vergangenheit, die der britische Historiker Donald C. Watt als diejenige umschreibt, die durch den »Diskurs um Schuld und Verantwortung der Protagonisten« geprägt sei.6 Man könnte mit Watt also von einer üblicherweise »polarisierend anklagend-exkulpierenden Phase« der Geschichtsschreibung sprechen, die durch ein Fehlen von Synthesen gekennzeichnet ist. Um militärhistorische Analogien zu bemühen: Die gegenwärtige historiografische Phase in Bezug auf die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre ist also etwa mit der Phase der Kriegsschulddebatte nach dem Ersten Weltkrieg oder auch mit derjenigen einer exkulpierenden Geschichtsschreibung der »erschriebenen Siege« (Bernd Wegner) nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar. Allein dieser Umstand macht eine historische Untersuchung über den Einsatz von deutschen Soldaten im Zusammenhang mit den »post-jugoslawischen Kriegen« zu einem komplexen Unterfangen. Es gilt insbesondere vorhandene Narrative abzugleichen und mit Hilfe von Quellenkritik zu dekonstruieren. Als selbstverständlich angenommene kausale Zusammenhänge sind mittels strenger Chronologie zu hinterfragen. Dies gilt umso mehr, als

Oonald Cameron Watt (1928–2014). Siehe hierzu Watt, Bemerkung mit dem Ziel einer Synthese.

hier erstmals das Terrain der deutschen Auslandseinsätze in Südosteuropa in seiner Gesamtheit mit militärhistorischen Mitteln vermessen wird.⁷

Die Dekonstruktion von Narrativen ist dabei nur der »halbe Weg« – ihr muss Geschichtsschreibung folgen.⁸ Diese sollte sich nicht selbstreflexiv nur für die Konstruktion eigener militärischer Tradition – in unserem Fall der Bundeswehr als selbstdeklarierter »Einsatzarmee« – interessieren. Militärgeschichte ist als Zeitgeschichte verstanden vielmehr »Problemerzeugungsgeschichte« (Hans Günter Hockerts).⁹ In diesem Sinne gilt es sich – trotz oder gerade wegen der eingenommenen deutschen Perspektive – von der deutschen Binnensicht zu lösen und zu fragen, was der Einsatz deutscher Soldaten im Krisen- und Kriegsgebiet bewirkt und auch, was er nicht bewirkt hat und wo die Ursachen hierfür liegen. Versteht man Einsatzgeschichte der Bundeswehr als Problemerzeugungsgeschichte, so führt diese zu einer Historisierung der Geschichte der 1990er und 2000er Jahre. Wir verlassen also methodisch gesehen den Bereich der Politikwissenschaft und betreten denjenigen der Geschichtswissenschaft.

3. Rekonstruktion militärischer (Friedens-)Operationen im Praxistest

Es ist ratsam, zu Beginn einer geschichtswissenschaftlichen Untersuchung Transparenz im Hinblick auf die zugrunde liegenden Annahmen, angewandten Methoden und Ziele herzustellen. Einige grundlegende Bemerkungen und Definitionen sind wegen der wissenschaftlichen Nachvollziehbarkeit der hier gewählten Annäherung an den Untersuchungsgegenstand »Bundeswehr auf dem Balkan« notwendig. Auf tiefergreifende Methodendiskussionen soll an dieser Stelle verzichtet werden. 10

Ziel dieser Studie ist es, eine erste Synthese, also eine »Verknüpfung von Mannigfaltigkeiten durch Verstandesleistung« (Immanuel Kant), zu schaffen. Anders ausgedrückt handelt es sich um eine erste militärhistorische Rekonstruktion dieser für die Bundesrepublik Deutschland zentralen Ereignisse. Die 1990er Jahre – politikgeschichtlich in etwa die Zeit zwischen deutscher Wiedervereinigung und den Terroranschlägen auf das World Trade Center – sind als besonders dynamische Scharnierzeit

⁷ Zu beachten ist die komplementär zu dieser Studie verstehbare Untersuchung mit Schwerpunkt auf der zeitlich späteren deutschen Einsatzgeschichte im Kosovo: Kriemann, Hineingerutscht?

⁸ Keßelring, Die historische Analyse paramilitärischer Verbände, S. 415–457.

^{9 »}Problemerzeugungsgeschichte« (Hans Günter Hockerts). Vgl. Wirsching, Von der Lügenpresse zur Lügenwissenschaft?

Zur Vertiefung siehe: Keßelring, Finnland und Schweden, S. 99–110. Keßelring, Die historische Analyse paramilitärischer Verbände, S. 415–457. Keßelring, Konkurrierende Schwestern, S. 67–77.

zu charakterisieren. Eine an militärhistorischen Kriterien orientierte Chronologie gilt es für die Bundesrepublik Deutschland erst zu erarbeiten.

Anhand welcher Kategorien erfolgt diese historiografische Rekonstruktion? Der hier gewählte Zugriff ist – dem Untersuchungsgegenstand »Bundeswehr-Einsatz« entsprechend – dezidiert militärhistorisch und die Perspektive ist eine deutsche. Militär wird, wie im spezifisch bundesdeutschen Verständnis von Militärgeschichte seit den 1950er Jahren üblich, in seinen Bezügen zu Staat(en) und Gesellschaft(en) verstanden. Durch den Einsatz der Bundeswehr stand »Militär« in Wechselwirkung mit verbündeten Streitkräften sowie gleichsam als Objekt der Friedensmissionen auch mit regionalen militärischen oder paramilitärischen Gewaltakteuren. Folglich ist unter dem jeweiligen Bezugsrahmen »Staat« neben der Bundesrepublik Deutschland und ihrer supranationalen Einbindung auch das sich auflösende Jugoslawien und die damit eng zusammenhängende, aber in ihrem historischen Entstehungsprozess offene Bildung neuer Staaten zu verstehen. »Staat« ist also als hochdynamisch und als Teil der Transformation zu verstehen.

Bei »Einsatz« – einem dem Grundgesetz entlehnten Begriff aus dem deutschen Staatsrecht – handelt es sich im militärischen Sinne um eine Vielzahl von so unterschiedlichen Operationen wie beispielsweise den Luftoperationen AIRLIFT, DENY FLIGHT, DELIBERATE FORCE oder ALLIED FORCE, den Seeoperationen SHARP GUARD oder ALLIED HARVEST oder aber teilstreitkräftegesamten Operationen mit einem überwiegenden Anteil an Landstreitkräften wie etwa JOINT ENDEAVOUR, JOINT GUARD und JOINT FORGE. Schon anhand der Namensgebung der Operationen ist zu erkennen, dass es sich hier vor allem um NATO-Operationen handelte, an denen sich Kontingente der Bundeswehr in Form von deutschen Beiträgen beteiligten. Betrachtet werden hier aber dem deutschen Blickwinkel entsprechend auch Operationen, die rein national, als Teil einer Spontankoalition (z.B. DENY FLIGHT), im Rahmen der UN (z.B. UNPROFOR), der OSZE (z.B. KVM), der WEU (z.B. SHARP VIGILANCE) oder der EU (z.B. CONCORDIA, ALTHEA) erfolgten (siehe Abb. 1: Balkaneinsätze der Bundeswehr nach Operationen). Den einen Balkaneinsatz der Bundeswehr hat es also nicht gegeben. Vielmehr handelte es sich um sehr unterschiedliche militärische Operationen. Die Operationen besaßen hinsichtlich ihrer Dauer, Konfliktintensität und institutioneller Einbindung sowie ihrer rechtlichen Grundlage höchst unterschiedliche Profile. So finden sich darunter Operationen zur Konfliktprävention und Friedenserhaltung ebenso wie Kampfeinsätze oder humanitäre Einsätze.

Diese »mannigfaltigen« Operationen werden also erst durch »Verstandesleistung« zu dem Konstrukt »Balkaneinsatz der Bundeswehr« verknüpft. Die verbindenden Elemente sind a) der *Raum*, also »der Balkan«, oft auch als »westlicher Balkan« bezeichnet, also das Gebiet der heutigen Staaten Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Nordmazedonien (im Untersuchungszeitraum Mazedonien oder Former

Yugoslavian Republic of Macedonia, FYROM), Albanien und der Adria¹¹ b) die Zeit, beginnend mit den ersten Einsätzen der Bundeswehr im Jahr 1992 und c) der diese Elemente verbindende politisch-militärische kausale Zusammenhang, nämlich die 1991 beginnenden »Jugoslawienkriege«, in deren Folge erst deutsche Soldaten in die Einsätze geschickt wurden. Es sei nicht verschwiegen, dass es sich freilich bei »dem (westlichen) Balkan« ebenso um ein zeitgebundenes, umstrittenes und durchaus politisch zu verstehendes räumliches Konstrukt handelt, wie auch der Begriff »Jugoslawienkriege« regional, zeitlich und teilweise auch von der Kriegstypologie her so unterschiedliche Kriege wie etwa den »Kroatischen Heimatkrieg«, den »Bosnienkrieg«, den »Luftkrieg der NATO gegen (Rest-)Jugoslawien« oder etwa den »mazedonischen Bürgerkrieg« subsumiert. Schon diese wenigen Beispiele zeigen, dass jede dieser Bezeichnungen für sich bereits Interpretationen des jeweiligen Krieges und in Bezug auf die Staatlichkeit der jeweils Beteiligten implizieren – spätestens jetzt betritt der Historiker »das Minenfeld der Balkanpolitik«. Da Geschichte gerade in der hier zu behandelnden Macht- und Gewaltpolitik stets auch eine legitimatorische Funktion beikommt, erscheint jede historische Aussage leicht als politisches Statement. Folglich sind all diese Begriffe selbst grundsätzlich als Narrative oder Meistererzählungen quellenkritisch zu hinterfragen, ohne dabei aber in dekonstruktivistische Beliebigkeit abzugleiten.¹² Die in dieser Studie gewählten Interpretationen verstehen sich also als bewusste Wahl des Autors; sie sind bereits Folge der geschichtswissenschaftlichen Analyse, werden wo immer möglich transparent gemacht und dienen als Grundlage für das Verständnis des Gesamtgeschehens.

Ein moderner militärgeschichtlich-operationsgeschichtlicher Ansatz – wie diesen etwa Stig Förster bereits im Millenniumsjahr gefordert hat¹³ – darf auch im Fall der in den 1990er Jahren stattfindenden ersten Kriegsereignisse seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa nicht hinter dem »state of the art«, den die militärhistorische Disziplin für das Zeitalter der Weltkriege und des Kalten Krieges erarbeitet hat, zurückfallen.¹⁴ Basierend auf die-

Die Begriffe »Südosteuropa« und »Balkan« werden hier bezogen auf den Bundeswehreinsatz synonym verwendet und entsprechend der Einsatzgebiete räumlich verstanden. Von letztlich das Gleiche meinenden, eher sperrigen Kunstbegriffen wie »südöstliches Europa« (Karl Kaser) wird hier abgesehen. Zu den Begriffen Südosteuropa, Westlicher Balkan, Balkan usw. sowie deren Problematisierung vgl. die entsprechenden Lemmata in: Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, hrsg. von Holm Sundhaussen und Konrad Clewing, Köln 2016 sowie – kritisch mit dem Balkan-Begriff umgehend – Maria Todorova, Der Balkan als Analysekategorie. Grenzen, Raum, Zeit. In: Geschichte und Gesellschaft, 28 (2002), S. 470–492.

Vgl. hierzu den Sammelband zur Ausstellung »Mythen der Nationen« des Deutschen Historischen Museums, speziell den aufschlussreichen Beitrag »Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten. Konstruktion, Dekonstruktion und Neukonstruktion von ›Erinnerungen und Mythen« von Holm Sundhaussen, S. 373-426.

¹³ Förster, »Vom Kriege«.

¹⁴ Zu den Anforderungen an eine modernen Standards entsprechende, also historisch »anschlussfähige« Operationsgeschichte siehe: Neitzel, Des Forschens noch wert, sowie theoretische Überlegungen bei: Wegner, Wozu Operationsgeschichte?

sem Standard wurde schon früh ein »weit über klassische Operations- und Organisationsgeschichte hinausgehender Ansatz« auch für die »Neueste Militärgeschichte« oder »militärhistorische Zeitgeschichte« gefordert.¹⁵ Was bedeutet dies aber konkret für den Untersuchungsgegenstand »Bundeswehr auf dem Balkan«? Folgende fünf Aspekte seien hier exemplarisch erwähnt:

- (1) Multinationalität: Diese Operationen vollzogen sich mit Ausnahme von LIBELLE im multinationalen Rahmen (combined). Eine Geschichte der Bundeswehreinsätze in Südosteuropa aus rein nationaler Perspektive würde daher dem Untersuchungsgegenstand spätestens auf militärstrategischer Ebene nicht gerecht werden. Die jeweils eingebrachten Fähigkeiten der Bundeswehr waren stets nur ein Teil der Gesamtanstrengung. Den Rahmen bildeten die UN, die KSZE bzw. OSZE, die EG bzw. EU und vor allem die NATO. Nicht selten handelte es sich auch um Kleinallianzen innerhalb der NATO oder aber um erweiterte NATO-Einsätze mit Partnern. Die Integration von Streitkräften stand hierbei stets in einem Spannungsfeld mit gewachsenen nationalen Gewohnheiten sowohl auf der politischen als auch auf den verschiedenen militärischen Ebenen. Daraus ergibt sich die Frage: Formte sich dies zu einem strategischen Ganzen?
- (2) Teilstreitkräftegesamtheit: Der »Balkaneinsatz« der Bundeswehr ist nur im Zusammenwirken der Teilstreitkräfte (joint) zu verstehen. So würde es beispielsweise zu kurz greifen, etwa die »Luftbrücke nach Sarajevo« (AIRLIFT) nur als reine Luftwaffenangelegenheit zu begreifen. Vielmehr erforderte bereits die Entfernung des Flughafens Butmir von der eingeschlossenen Stadt Sarajevo eine Heereskomponente für den Transport der Hilfsgüter. Andersherum scheint beispielsweise im Rahmen UNPROFOR die Problematik der (ausbleibenden) Luftunterstützung für das Handeln des niederländischen Fallschirmjägerbataillons (Dutchbat) in Srebrenica von verhängnisvoller Relevanz gewesen zu sein. Dies aber führt in das komplexe Feld der Unterstellungen und Befehlskompetenzen.
- (3) Militär und Staat: Die Bundeswehr handelte nicht nur im militärischen (joint und combined) Umfeld, sondern war auf dem Balkan stets exponierter Teil der Exekutive des deutschen Staates. Dies galt in Bezug auf rechtsstaatliche Verfahren, demokratische (nationale) Entscheidungsfindungen und politische Maßgaben. Letztere konnten außen- oder innenpolitisch motiviert sein. Die Bundesrepublik Deutschland agierte also nicht nur militärisch auf dem Balkan, sondern war stets auch durch andere Interessen geleitet. Erwähnt seien hier beispielhaft Einflussgrößen wie die deutschfranzösische Freundschaft oder die deutsche Einheit. Trotz verschiedener multilateraler Einbindungen kam auch der »traditionellen« bilateralen Diplomatie zwischen souveränen Nationalstaaten in den 1990er Jahren eine wichtige Bedeutung zu. Die Gewichtung solcher unterschiedlichen Faktoren gilt es zu beleuchten.

Chiari, Krieg als Reise?, S. 37, sowie Chiari, Die Bundeswehr als Zauberlehrling der Politik?, S. 320.

- (4) Militär und gesellschaftliche Dynamik: Die deutsche Gesellschaft wirkte auf die deutsche Politik und zumindest bis zur Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 stand die Bundeswehr in einem sehr direkten Austausch mit weiten Teilen der Gesellschaft. Aber auch diejenigen Teile der Deutschen, die traditionell dem Militär eher skeptisch gegenüberstanden oder schlicht über keine Berührungspunkte verfügten, waren angesichts der Balkankriege gefordert, sich zumindest mit der Bundeswehr im Einsatz auseinanderzusetzen. Andererseits musste die deutsche Politik auch ihre Bürger »mitnehmen« und durfte sie angesichts dynamischer Entwicklungen im militärischen oder politischen Bereich nicht »überfordern«. Eine wichtige Rolle scheint hierbei den Medien als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Politik zugekommen zu sein.
- (5) Spektrum militärischen Handelns: Anders als beim Aufrechterhalten der Einsatzbereitschaft ist bei der scharfen militärischen Operation stets die militärische Interaktion und damit das Handeln des militärischen Gegners von unmittelbarer Relevanz. Kampf bildete jedoch für die Bundeswehr auf dem Balkan die Ausnahme – nicht aber die potentielle Möglichkeit des Kampfes, des Bekämpftwerdens und andere Bedrohungen. Angesichts des weiten Einsatzspektrums der Balkaneinsätze (humanitäre Hilfe, Crisis Management, Peacekeeping, Peace Enforcement, usw.) bei gleichzeitigem Paradigma des »Friedenserhalts« durch »out-of-area«-Einsätze ergibt es sich, dass stets auch die Seite der ehemaligen jugoslawischen Konfliktparteien und der jeweilige Konflikt auf dem Balkan selbst mit zu betrachten sind. Dies gilt sowohl in zeitlicher Dimension als auch in Hinsicht auf die wechselnde Konfliktintensität. Dabei sind die bisher gültigen schematischen Modelle der Konfliktlösung zwar als kulturelle Faktoren der Entscheidungsfindung mit einzubeziehen, aber zugleich kritisch als »offizielles Narrativ« zu hinterfragen. Inwiefern diktierten die taktischen Geschehnisse die Einsatzszenarien der Operationen (bottomup) oder handelte es sich eher um den planmäßigen Ablauf von auf der strategischen Ebene beschlossenen Abläufen (top-down)?

Forderungen an eine sich gegenüber ihren Nachbardisziplinen weiter öffnende, erweiterte Militärgeschichte zu stellen, ist leicht. Multidisziplinäre Ansätze und multiperspektivisches Arbeiten drohen dabei zum bloßen Schlagwort zu verkümmern. Für die vorliegende Studie scheinen sie jedoch aufgrund der themenimmanenten Logik geboten zu sein. Doch wo gerät Militärgeschichtsschreibung an die Grenzen ihrer ertragbaren Komplexität? Wie ist es möglich, Faktoren, wie etwa das Wesen der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, die NATO-Integration der Bundeswehr, die rechtlichen Maßgaben der Rules of Engagement, die internationale Diplomatie und die Forderung, keine »Geschichte der Generale« zu schreiben, nicht nur zwischen zwei Buchdeckel zu bringen, sondern auch analytisch miteinander zu verknüpfen? Die vorliegende Studie ist auch als Praxisversuch zu verstehen, ein Thema der Operationsgeschichte im ausklingenden 20. Jahrhundert

so zu bearbeiten, dass deren militärischer Kern nicht verloren geht und zugleich der angesprochenen hohen Komplexität politischer und militärischer Zeitgeschichte Rechnung getragen wird.

4. Krieg, Frieden, Gewalt und Verantwortung als unbequeme Fragestellungen

Aus diesen Ausführungen ergeben sich folgende erkenntnisleitende Fragestellungen: (1) Zeigt die Gesamtbetrachtung des Konstrukts »Balkaneinsatz der Bundeswehr« eine eigene – nationale – deutsche Südosteuropastrategie? (2) Wie sind die Operationen der bundesdeutschen Verbände in der jeweiligen strategischen Ebene sowie in der staatlichen Ebene nationaler Politik und schließlich in den internationalen Beziehungen zu verorten? (3) War die NATO und damit die Bundeswehr unter deren Führung historisch betrachtet eine Kriegspartei auf dem Balkan? Dies führt uns zurück zu der eingangs bereits angesprochenen militärhistorischen Kernkategorie, nämlich der Frage von Krieg und Frieden.

Operationsgeschichte, eine zentrale Disziplin der Militärgeschichte und das analytische Mittel, um Kriege oder sonstige Einsätze bewaffneter Macht überhaupt adäquat beschreiben zu können,16 ist also die hier gewählte Perspektive zur Bildung einer Synthese. Eine »Militärgeschichte ohne Krieg«17 (Sönke Neitzel) ist immer dann verfehlt, wenn Militär und Politik, wie im Falle der Jugoslawienkriege 1991 bis 1995, durch Konflikte zur Positionierung herausgefordert wurden. Die politische Praxis und die politikwissenschaftliche Forschung hat diesbezüglich nicht nur in Deutschland zu einer geradezu babylonischen Sprachverwirrung geführt. Teilweise war diese auch eine Folge unkritischer Übernahme von Bezeichnungen aus der zeitgenössischen Kriegspropaganda. Je kürzer die zeitliche Distanz zum historischen Betrachtungsgegenstand, desto unklarer die verwendeten Begriffe. Die damit verbundene Problematik sei hier an zwei Beispielen verdeutlicht: Ein eingängiges Beispiel ist sicherlich die 1992 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum »Unwort des Jahres« gewählte Bezeichnung »ethnische Säuberung«. In den Kriegen auf dem Balkan der 1990er Jahre war dies ein konkret angewendetes »Verfahren«. Dieses begann mit der Definition von sogenannten ethnischen Gruppen, Kennzeichnen der Häuser oft durch das Besprühen mit ethnisch konnotierten Zeichen, Zerstören der Wohnhäuser durch Artilleriebeschuss, Brandlegung oder Abriss, Verschleppung der Bevölkerung in Lager, Vergewaltigung, Folter, Vertreibung oder Abtransport und Mord. Der aus den späten 1980er Jahren stammende serbische Begriff etničko čišćenje, als dessen direkte deutsche Übersetzung die »ethnische Säuberung«

¹⁶ Hammerich, Die geplante Verteidigung, S. 243.

¹⁷ Neitzel, Militärgeschichte ohne Krieg.

oder »ethnic cleansing« ihren Weg über die Presse in die Berichterstattung und zeitgenössische politikwissenschaftliche Analyse fand, war ein propagandistischer Kampfbegriff radikaler serbischer Ethnonationalisten. Er gehört untrennbar zu der im Kontext der 1989 im Kosovo gehaltenen »Amselfeld-Rede« Slobodan Miloševićs international bekannt gewordenen verhetzenden Denkfigur, in der die albanische Bevölkerung durch ihre hohe Geburtenrate die Serben aus ihrem angeblich seit dem Mittelalter angestammten Erbland verdränge. Aber auch scheinbar harmlos-neutrale Bezeichnungen wie etwa »Bürgerkrieg« oder das Kompositum »Bürgerkriegsflüchtling« haben durchaus das Potential, eher von historischen Tatsachen abzulenken, als diese korrekt zu beschreiben. So ist beispielsweise jeweils kritisch zu hinterfragen, ob 1992 in Kroatien oder 1998 im Kosovo wirklich »Bürgerkriege« stattgefunden haben oder ob systematische Vertreibung von eigenen Staatsbürgern bestimmter Volksgruppenzugehörigkeiten durch staatliche Exekutivorgane Iugoslawiens bzw. Serbiens am Anfang der Gewalt stand. Handelte es sich andererseits beim »Bürgerkrieg« in Mazedonien 2001 wirklich um einen solchen? Wieso zierten sich zeitgenössisch die Analysten diesen Begriff zu verwenden? Wo taugt, wenn überhaupt, das ethnische Paradigma zur (alleinigen) Erklärung des Geschehenen? Sind sprachliche Bilder wie »Gewaltspirale«, »Eskalation«, »Pulverfass« oder »jahrhundertealter Hass« überhaupt stimmig? Handelten wirklich die »internationale Gemeinschaft« einerseits und der Balkan andererseits? Wir kehren zurück zu der eingangs erwähnten Problematik von Zeitgeschichte als »Diskurs um Schuld und Verantwortung der Protagonisten«.

Dabei wurden zeitgenössisch Begriffe sicherlich auch häufig ohne böse Absichten verwendet. Der Gebrauch von Begrifflichkeiten wie »Bürgerkriegsflüchtlinge« konnte vielmehr etwa Ausdruck einer betonten Neutralität (etwa seitens der UN), Ergebnis eines Aushandlungsprozesses oder Ergebnis von Zuständigkeiten (etwa des UN-Flüchtlingshilfswerkes, UNHCR) sein. In der historischen Rückschau und mit dem höheren Wissensstand aus der zeitlichen Distanz ist hingegen die Grenze zwischen einerseits falschverstandener wohlgemeinter Neutralität im Sinne von Zuordnung einer angenommen gleichgroßen Anzahl von verübten Verbrechen auf Seiten aller Kriegsparteien und andererseits bewusster Fortschreibung von Kriegspropaganda oder politisch motivierter Geschichtsfälschung fließend. Für Geschichtsschreibung, speziell auch wie hier bei dem Versuch einer Synthese in der zeitgeschichtlichen »polarisierend anklagend-exkulpierenden Phase«, hat der Historiker zwar neutral im Sinne von unvoreingenommen zu sein, muss sich aber gegenüber den historischen Ereignissen und Akteuren aufgrund des durch die Rückschau vorhandenen breiteren Kenntnisstandes – dies ist die feste Überzeugung des Autors – sehr wohl positionieren und dabei die Sachverhalte mit diesen entsprechenden Begriffen deutlich beschreiben. Dies mag zwar abstrakt und oberflächlich betrachtet selbstverständlich erscheinen, führt aber in der wissenschaftspraktischen Durchführung nicht selten zu Verärgerung bei denjenigen, die einem anderen Narrativ oder anderen »neukonstruierten Erinnerungen« (Holm Sundhaussen) folgen oder sogar als Unterlassungstäter oder Täter angesprochen werden. Ein Kennzeichen der Zeitgeschichte der letzten Generation ist ja, dass die historischen Akteure oft noch am Leben sind. In einer freien Gesellschaft ist es nach persönlicher Auffassung des Autors natürlich Pflicht des Historikers, sine ira et studio zu forschen, aber genauso auch ohne Rücksicht auf Nation, Parteizugehörigkeit oder derzeitige Funktion der Akteure, also ohne persönliche oder politische Befindlichkeiten zu formulieren – dies gilt umso mehr, als die bewusste staatliche Verfälschung von Geschichte heute etwa in Russland wieder Konjunktur hat.¹⁸ Die hier behandelte Geschichte, insbesondere die der NATO-Operationen in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, ist davon direkt betroffen. So spielt seit 2014 etwa eine konstruierte Analogie zum Vorgehen der NATO im Kosovo eine gewisse Rolle bei der öffentlichen russischen Rechtfertigungsstrategie des eigenen völkerrechtswidrigen Vorgehens auf der Krim. Geschichtsschreibung muss allerdings auch hier unabhängig von gegebenenfalls aus ihr folgenden politischen oder propagandistischen Implikationen erfolgen: Das Bemühen und die Fähigkeit zu Selbstkritik in der historischen Betrachtung auch zeitlich näherliegender Geschehnisse gehört zu den besten in der Nachkriegszeit mühselig erarbeiteten Errungenschaften bundesdeutscher militärgeschichtlicher Forschung. Errungenschaften aber basieren schon semantisch auf dem Verb ringen. Problemerzeugungsgeschichte sollte – will sie mehr als eine Worthülse sein – zu Widersprüchen herausfordern, um die für eine pluralistische Gesellschaft so wichtigen Debatten um die jüngste Geschichte anzuregen.

Oft sind wenig hinterfragt wiederholte Fachtermini bereits Ausdruck von in der zeitgenössischen Politikwissenschaft vorherrschenden Forschungsparadigmen. In der zeitgeschichtlichen Geschichtsschreibung werden diese dann selbst Teil des in der jüngsten Vergangenheit liegenden Forschungsgegenstandes. Dadurch eignen sie sich nur sehr bedingt als Analysekategorien. Exemplarisch sei hier das Anfang der 1990er Jahren aufkommende Paradigma der »neuen Kriege« angeführt. Das Verständnis vom Wesen des Krieges wandelte sich gerade angesichts der für die vorliegende Studie so zentralen »Jugoslawienkriege«. Dies beschrieb zeitgenössisch der in diesem

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang exemplarisch das russische Verbot der Internationalen Gesellschaft für historische Aufklärung und soziale Fürsorge Memorial am 28.12.2021. Memorial erforscht insbesondere die genozidalen Verbrechen der Sowjetunion unter Stalin, darunter auch den Holodomor. Im südosteuropäischen Kontext ist ferner die restriktive türkische Politik in Bezug auf die Behandlung und Berichterstattung zum Völkermord in Armenien – speziell das Verbot im türkischen Parlament (2017), in diesem Zusammenhang den Begriff »Völkermord« zu gebrauchen – von Bedeutung. In beiden Fällen ist zwar die geschichtswissenschaftliche Erforschung der Massenmorde nicht formal verboten, wird aber auch im Kontext der eingeschränkten Pressefreiheit massiv behindert. Vgl. zum weiteren Kontext des politischen Missbrauchs von Geschichte, aber auch für deren Nutzen für den Frieden: Historian käyttö ja väärinkäyttö, hrsg. von Antti Bläfield, Helsinki 2016, speziell die Beiträge von Martti Ahtiaari, Vladislav Zubok und Timothy Garton Ash.

Zusammenhang geprägte Begriff der »new wars« (Mary Kaldor). Damit würde eine Analyse der »Jugoslawienkriege« anhand des Begriffs der »neuen Kriege« (Herfried Münkler) einem logischen Zirkelschluss gleichkommen – das Phänomen der Jugoslawienkriege würde mit einer empirisch aus diesen gewonnenen Theorie erklärt! Aber auch andere scheinbar analytische Begriffe können sich als »false friends« erweisen: Dies mögen folgende Ausführungen zu an der Schwelle zwischen Krieg und Frieden angesiedelten, hier so zentralen Begriffen wie »Peacekeeping«, »Crisis Management« oder »Stabilisierungseinsatz« kurz verdeutlichen.

Die politische Zäsur um das Jahr 1990 verleitet leicht dazu zu übersehen, dass der Wandel des Kriegsbildes global betrachtet bereits vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtbereichs einsetzte.¹⁹ Das »Ende des Kalten Krieges« war nach dem Strategiewissenschaftler Ivri Raitasalo lediglich einer von mehreren Faktoren der Veränderung des westlichen Kriegsbildes in den 1990er Jahren. Andere Faktoren waren, ausgehend von den immer noch vorhandenen zu Großoperationen befähigten Massenarmeen des Kalten Krieges, die »Revolution der Kriegführung« (revolution in military affairs, RMA) und die »Krisenbewältigung« (Crisis management).20 Letzteres ist aber im Grunde kaum etwas anderes als eine andere Bezeichnung für dasjenige, was im deutschen Sprachraum nicht weniger unpräzise unter »Einsatz« subsumiert wird. Einsatz oder »Crisis Management« wird also, zumindest in den Augen mancher Vertreter der Strategischen Wissenschaften, keineswegs selbst als eine neue Form von Kriegen – mit geringerer oder auch hinsichtlich der Zielgruppen veränderter Gewaltintensität – verstanden, auch nicht als deren »Gegenmittel«, sondern eher als einer von mehreren Faktoren des gewandelten Kriegsbildes. Auch der postkommunistische politische Transformationsprozess ist hier nur einer von mehreren Faktoren. Der Strategiewissenschaftler Juha Pyykönen wiederum beschreibt in seiner Studie zum Wandel des Bildes des Krisenmanagements den im selben Zeitraum stattfindenden Wandel im »Crisis Management« von »Peacekeeping« zum »erweiterten Peacekeeping« und geht hierbei von dem Begriff der »Militärintervention« aus. Mittels dieser vermochten dritte Staaten bereits unter den Vorzeichen des Kalten Krieges Konflikte gewaltsam zu beenden. Jedoch war dies nur im Falle von Konflikten geringer Intensität (Low Intensity Conflict, LIC) – ein Begriff, der in den 1980er Jahren in den USA geprägt wurde – möglich. Die Konfliktintensität der hier behandelten Balkankriege der 1990er Jahre ging aber oft weit über dieses Maß hinaus. Solche Militärinterventionen größerer Intensität sieht Pyykönen als etwas anderes als klassisches Peacekeeping (Stichwort »Blauhelme«) an und hinterfragt hiermit den Begriff des »erweiterten Peacekeeping«.21 Vielmehr sei bereits der UN-Einsatz UNPROFOR in Kroatien und Bosnien-Herzegowina

¹⁹ Creveld, The Changing Face of War.

²⁰ Raitasalo, Sotan varautumisesta aktiiviseen asevoiman käyttöön, S. 214.

Zum Wandel des UN-Peacekeeping grundlegend: Bellamy/Williams, Providing Peacekeepers.

als eine Vermischung klassischen Peacekeepings mit Elementen der Militärintervention zu verstehen. Die neuen Elemente, wie etwa das sogenannte Peace Enforcement – etwa durch die Rapid Reaction Force zur Sicherung der Blauhelme von UNPROFOR oder die Verwendung von gezielten taktischen Luftschlägen in der NATO-Operation DELIBERATE FORCE –, gehörten hier ebenso dazu wie Maßnahmen des Nationbuilding und Peacebuilding. Ein weiterer Begriff für letzteres ist der »Stabilisierungseinsatz«. Diese Vielfalt gilt insbesondere auch für die späteren Operationen der IFOR und SFOR, wobei SFOR (Stabilization Force) den Stabilisierungseinsatz bereits im Namen führte. Den wesentlichen Unterschied zum klassischen Peacekeeping aber macht Pyykönen in den Rules of Engagement (ROE) aus.²² Setzt man diese Erkenntnisse zum gewandelten Kriegsbild (Raitasalo) und den gewandelten Friedenseinsätzen (Pyykönen) erneut in einen Zusammenhang mit dem Begriff »Krieg«, so ist zweierlei festzustellen: Einerseits sind bestimmte Bereiche des Peace Enforcement oder des erweiterten Peacekeeping in ihrer gewaltsamen Ausgestaltungen durchaus auf der taktischen Ebene eindeutig als Kriegshandlungen zu klassifizieren und auf der strategischen Ebene als Militärintervention beschreibbar. Andererseits schränkten die Rules of Engagement diese taktischen Kriegshandlungen in einer historisch betrachtet wohl noch nie dagewesenen Art mittels juristischer Selbstbeschränkung der Akteure ein.23 Komplexer wird die Betrachtung dadurch, dass sich die ehemaligen jugoslawischen Kriegsparteien dabei - so auch bereits ihr Name – gegenseitig im kaum eingeschränkten Kriegszustand befanden, die Interventionskräfte aber meist davon ausgingen, dass sie sich selbst nicht im Krieg, sondern in »operations other than war« befänden – so zumindest der Name der entsprechenden amerikanischen Heeresdienstvorschrift.²⁴

Literatur und Quellen als Problem militärischer Zeitgeschichte

Für die vorliegende Studie wurden internationale und deutsche Werke zur Thematik ausgewertet. Diese sind jedoch nicht als historische Fachliteratur im engeren Sinne einzuordnen. Originäre historiografische Untersuchungen sind schon aufgrund der zeitlichen Nähe die Ausnahme.²⁵ Zeitgenössische und knapp nachzeitliche politikwissenschaftliche Analysen müssen ebenso wie Quellen – also unter Anwendung der kritischen Methode und mittels des Instruments der Kontextualisierung – behandelt werden. Dies gilt eben-

²² Pyykönen, Sotilaallisen kriisinhallinnan kuvan muutos.

²³ Vgl. Findlay, The Use of Force in Peace.

Wider Peacekeeping Operations Other than War, Part 2 (1994). The Army Field Manual, Vol. 5.

²⁵ Eine Diskussion des jeweiligen Forschungsstandes erfolgt in den entsprechenden Kapiteln.

so, wenn diese im »unbestechlichen wissenschaftlichen Gewand« auftreten und dies umso mehr, je enger die beteiligten Personen mit dem Geschehen in Verbindung standen. Bei den Balkankriegen der 1990er Jahre kommt hinzu, dass viele Experten, Politologen oder Analysten mit Südosteuropa-Fachkenntnis zumindest intellektuell in den Konflikt involviert waren. Dies ergab sich bereits aus der Forderung nach Sprach-, Orts- und Personenkenntnis. Oft verbirgt sich hinter den Experten trotz eines möglicherweise englischen Namens ein Einwanderer der zweiten Generation. Selbst bei Autoren ohne offensichtlichen persönlichen Bezug zu den Konfliktregionen war nicht selten die Präferenz für eine Konfliktpartei beispielsweise durch die durch die Sprachkenntnis bedingte Quellenauswahl beeinflusst.

Nicht zuletzt aus diesen Überlegungen heraus wurde der Quellenkorpus dieser Arbeit erweitert. Die hier ergänzend verwendeten Unterlagen lassen sich neben der bereits erwähnten politikwissenschaftlichen zeitgenössischen oder knapp nachzeitlichen Forschungsliteratur grob wie folgt einteilen:

- (1) Politische Dokumente auf internationaler Ebene wie offizielle Verlautbarungen, Resolutionen und Verträge, aber auch politisch bedeutsame Reden oder Akteneditionen, etwa die International Conference on the Former Yugoslavia Official Papers, die völkerrechtlich ausgerichtete Edition The Yugoslav Crisis in International Law oder die auf die Staatlichkeit Jugoslawiens fixierte Yugoslavia through Documents.
- (2) Gerichtsakten des ICTY, des International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, in denen die Akten nach Fällen geordnet abgelegt sind. Relevant sind in diesem Zusammenhang nicht nur die Gerichtsurteile oder die Anklage- und Verteidigungsschriften, sondern auch kaum überschaubare Mengen an Beweismaterial wie Zeugenaussagen, Fachexpertisen oder auch schlicht Übersetzungen aus Zeitungsartikeln oder Büchern. Die Akten des ICTY sind ein besonders wertvoller Quellenfundus auch für die Rekonstruktion von Ereignissen abseits des engeren Umfelds der dort verhandelten Kriegsverbrechen. Insbesondere die »verbatim records« geben darüber hinaus einen authentischen Eindruck der Gedankenwelt und der Rechtfertigungsstrategien der Beteiligten wieder. Dabei kommt es für den Zweck dieses Buchs weit weniger darauf an, ob die Angeklagten verurteilt oder freigesprochen wurden, als auf eine Darstellung der Ereignisse und Operationen der Kriegsparteien auf dem Balkan.
- (3) Überlieferungen des Deutschen Bundestags: Ab 1994 verfassungsgerichtlich bestätigt war der Bundestag in die Entscheidungsfindung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr einzubinden. Auf der Webseite des Bundestags sind die entsprechenden Abstimmungen und Debatten, meist auch als Verlaufsprotokoll, mit allen Debattenbeiträgen abgelegt.
- (4) Militärische Akten der Bundeswehr: Für die nationale operative und taktische Ebene wurden Akten aus dem Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv zum IFOR- und SFOR-Einsatz verwendet.
- (5) Selbstzeugnisse verschiedener Akteure auf allen Ebenen: Viele dieser Unterlagen können indes erst durch die Erinnerungen der Zeitgenossen

»zum Sprechen« gebracht werden. Diese finden sich in Autobiografien oder Erinnerungswerken, Artikeln und Buchbeiträgen, Interviews oder Leserbriefen. Zum Verständnis der regionalen Kriegsereignisse in Bosnien-Herzegowina galt es sich mit den wesentlichen Aussagen der Autobiografien von General Veljko Kadijević und von Politikern, wie etwa Biljana Plavšić (bosnische Serben) und Rusmir Mahmutćehajić (Bosniaken) oder Jakup Krasnigi (Kosovoalbaner), vertraut zu machen. Sie sind Teil des Schulddiskurses. Für die deutsche Seite des Untersuchungsgegenstandes konnte auf veröffentlichte Erinnerungsberichte oder Analysen der Diplomaten Geert-Hinrich Ahrens, Christian Clages, Hans-Ulrich Seidt und Richard Ellerkmann und der Generale bzw. Admirale Klaus Naumann, Friedrich Riechmann, Hans-Otto Budde, Walter Spindler, Jan Kuebart, Rainer Meyer zum Felde, Hans Werner Ahrens, Frank Ropers und Ulrich Weisser zurückgegriffen werden. Gezielte mündliche Zeitzeugenbefragungen wurden für diese Studie nicht angestellt. Eine systematische Befragung von Kontingentsführern und anderen Spitzenmilitärs im Einsatz wäre im Sinne zukünftiger Forschungen in Ergänzung zur Aktenüberlieferung zu begrüßen. In anderen Ländern, wie etwa den USA, ist dies bereits übliche Praxis.

(6) Presseerzeugnisse: Die deutsche Presse berichtete mit Kriegsberichterstattern und regionalen Korrespondenten über den Balkankrieg und den Einsatz der internationalen Friedenstruppen, darunter auch der Bundeswehr. Anlaß dafür waren entweder lokale Ereignisse im Kriegs- und Krisengebiet oder aber politische Diskurse in der Heimat. Als Quellen für die Kriegsereignisse sind die Pressemeldungen durchweg mit Vorsicht zu gebrauchen. Für die in Kapitel 5 vorgestellten innenpolitischen und innerparteilichen Diskurse bilden sie gleichwohl die Primärquelle. Dabei kamen den unterschiedlichen überregionalen Zeitungen und Wochenzeitschriften unterschiedliche Rollen zu. Besonders dicht erfolgte die Berichterstattung in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und der »taz«. Aber auch »Der Spiegel«, »Die Zeit«, »Die Welt« und die »Süddeutsche Zeitung« wurden, wie auch bei Bedarf vereinzelt Regionalzeitungen, immer dann zu Rate gezogen, wenn diese einen Diskurs bestimmten oder maßgeblich an der Meinungsbildung Anteil hatten.

Insgesamt kann damit die Quellenlage für die Zwecke dieses Buches als tragfähig bewertet werden. Die Herausforderung für den Historiker auf dem Feld der neuesten deutschen Militärgeschichte auf dem Balkan liegt weit weniger in der Zugänglichkeit von Akten als in der Quellenkritik, dem Bewahren des Überblicks und damit in der Auswahl und Interpretation der Vorgänge. Mit vorliegender Arbeit wird das Thema noch lange nicht ausgeschöpft sein. Immer dort, wo die verfügbaren Quellen keine Antwort auf offene Fragen ermöglichen oder widersprüchliche Deutungen mangels Freigabe bestimmter Aktenbestände möglich sind, wird im Text darauf verwiesen. Diese Studie versteht sich somit nicht als Abschluss eines Themas, sondern als Anfang eines Forschungsprozesses. Ziel ist es, eine »erste historische Schneise« zu schlagen – die Kolleginnen und Kollegen seien ausdrücklich dazu aufge-

rufen, auf dieser Grundlage einen Weg zu bauen, der gegebenenfalls diese Schneise kreuzen, vielleicht aber auch einen anderen Verlauf nehmen wird. Damit ist der vorliegende Band auch als propädeutische Grundlage für weiterführende militärgeschichtliche Forschung zu den Einsätzen der Bundeswehr auf dem Balkan zu verstehen.

6. Folgerungen für den Aufbau

Insgesamt soll in dieser ersten Gesamtschau einer Militärgeschichte der Balkaneinsätze der Bundeswehr stets das »militärische Handeln« in Frieden, Krieg und den dazwischen anzusiedelnden Graustufen im Zentrum der Untersuchung stehen. Nicht zuletzt deswegen wurde entschieden, die Darstellung nicht erst mit dem – im internationalen Vergleich späten – Einsatz der ersten deutschen Soldaten »auf«, »über« oder »vor« dem Balkan beginnen zu lassen, sondern den Einsatz als Teil des Gesamtprozesses Balkankriege zu verstehen. Die Kriege in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Serbien und Mazedonien bildeten nicht nur den gesellschaftlichen und politischen Rahmen für die Bundeswehreinsätze als Teil multinationaler Operationen, sondern stellten auch deren jeweilige raison d'être dar. Darüber hinaus bildeten sie deren strategische und operative Voraussetzungen sowie das konkrete kulturelle Umfeld, in dem sich die Soldaten der Einsatzkontingente bewegten.

Bewusst werden hier nicht politisch determinierte und dazu höchst unterschiedlich definierte und interpretierbare Begriffe wie Peacekeeping oder Friedenseinsatz usw. zum Ausgangspunkt der Betrachtung gemacht. Angesichts der sich aus dem zeitgeschichtlichen Horizont und den beschriebenen Forderungen an eine zeitgemäße Militärgeschichte der Friedensoperationen ergebenden hohen Komplexität erschien es darüber hinaus nicht als zweckmäßig, alle Operationen mit derselben Intensität zu behandeln. Jede der Operationen hätte ein eigenes Buch verdient. Die einzelnen Operationen galt es dabei nicht nur aneinanderzureihen, sondern hinsichtlich ihrer Besonderheiten – etwa der darin gespiegelten Dynamik der Entwicklungen – in das hier beschriebene Gesamtkonzept einzubinden. Dabei wurde darauf verzichtet, jeweils alle hier aufgezeigten Ebenen »durchzudeklinieren« – wesentlicher erschien es, die Bandbreite an den verschiedenen Beispielen aufzuzeigen.

Begonnen wird mit einer Binnensicht der Entwicklung der Kriege in Slowenien und in der Krajina, bis der vorläufige Friede in Kroatien den Kriegsausbruch in Bosnien-Herzegowina zumindest katalytisch beeinflusste. Darauf folgt eine Betrachtung der diplomatischen Ebene der »internationalen Gemeinschaft« bis zur Wende in der NATO-Politik beim Gipfeltreffen von Oslo (Juni 1992) und zu den ersten Einsätzen der Bundeswehr durch Teilnahme an multinationalen Operationen mit Kontingenten der Marine

und Luftwaffe (Juli 1992). Anschließend wird sich weiter dem Krieg in Bosnien-Herzegowina (1992-1995) zugewendet und beschrieben, wie sich der schmerzlich-schwierige Weg bis zum Einsatz der Implementation Force im Kriegsgebiet als außenpolitischer Prozess und als militärische Operation vollzog (1996), um den noch vorsichtigen deutschen Anteil daran zu bestimmen. Das folgende Unterkapitel 4 widmet sich dem Stabilisierungseinsatz in Bosnien-Herzegowina auf den Ebenen der NATO, der deutschen Politik und Gesellschaft und der militärischen Planung und Durchführung des Heereseinsatzes. In diesem Zusammenhang ist die Frage zu klären, inwieweit der IFOR bzw. SFOR-Einsatz der Bundeswehr einen epochalen militärhistorisch bestimmbaren Wendepunkt der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeutet. Hieran schließt sich in Unterkapitel 5 eine Betrachtung der spezifisch deutschen innenpolitischen Diskussion um die Balkaneinsätze an. Diese Diskurse vollzogen sich im gesellschaftlichen Klima der sich zur »Berliner Republik« wandelnden »Bonner Republik«. Eingegangen wird daher besonders auf die politischen Debatten um die »Kohl-Doktrin«, aber auch auf die innerparteilichen Richtungsentscheidungen innerhalb der durch die Friedensbewegung beeinflussten Opposition. Diese diskurstheoretisch angelegte Gesamtschau vom Slowenienkrieg bis zum Einsatz des deutschen SFOR-Kontingents ist eine Erweiterung der ansonsten auf einem kulturwissenschaftlichen Fundament ruhenden Operationsgeschichte. Der nationale deutsche Diskurs stellt gewissermaßen einen Kontrapunkt zu der sich auf multinationaler Ebene vollziehenden multipolaren Ereignisgeschichte dar. Das 6. und letzte Unterkapitel behandelt als Ausblick die Binnensicht des Kosovokonflikts, den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO und die erfolgreiche Eindämmung des aufkeimenden Bürgerkrieges in Mazedonien. Zum Ende folgt die historische Einordnung des Balkaneinsatzes der Bundeswehr.

Der Schwerpunkt dieses Bandes liegt damit geografisch in Bosnien-Herzegowina, zeitlich in der Zeit zwischen 1991 und 1998 und inhaltlich beim operationsgeschichtlichen Ausgangspunkt und dem Charakter des Krieges sowie der damit verbunden Frage, ob oder inwiefern die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Engagement auf dem Balkan zu einer der Kriegsparteien wurde.